

Ein Jahr nach dem Ende des NSU-Prozesses: Die Betroffenen warten weiter auf Antworten.

- Ein Jahr nach dem Ende des NSU-Prozesses sind viele Fragen unter anderem zum bayerischen Unterstützer*innen-Umfeld weiter offen.
- Der bayerische Staat sollte mit einem eigenen NSU-Fonds seiner politischen Verantwortung gegenüber den Betroffenen nachkommen.
- Gesellschaft und Behörden müssen Betroffene von rechtem Terror wirkungsvoll schützen und ihnen solidarisch zur Seite stehen.

München, 10. Juli 2019 – Am 11. Juli 2018 endete vor dem Oberlandesgericht München mit dem Urteil gegen fünf Angeklagte der Prozess gegen den rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Der Prozess hat viele Fragen zu den Strukturen und Taten des NSU nicht beantwortet, die Betroffenen warten weiterhin auf eine umfassende Aufklärung.

Das unbedingte Festhalten an der Hypothese, dass der NSU im Kern lediglich aus drei Personen besteht, hatte den Prozess bestimmt und die mögliche Aufklärung eingeschränkt. Die Bundesanwaltschaft und die Kammer haben die Netzwerke des NSU und die Rolle der Sicherheitsbehörden durch diesen verengten Blick nicht offengelegt: Wer hat die Anschlagziele ausgesucht und ausgekundschaftet sowie den NSU vor Ort logistisch unterstützt? Welche Verbindungen hatte das NSU-Kerntrio zu anderen rechtsterroristischen Strukturen wie „Blood and Honour“? Welche Rolle spielten Verbindungspersonen des Verfassungsschutzes bei den NSU-Taten in Bayern? – Antworten auf die zahlreichen aktuellen Fragen könnte ein neuer bayerischer NSU-Untersuchungsausschuss liefern.

„Der NSU-Prozess hat für die Betroffenen wenig gebracht. Die großen Versprechen einer sorgfältigen umfassenden Aufklärung sind nicht eingelöst und die Hoffnungen der Hinterbliebenen enttäuscht worden. Justiz und Behörden schulden ihnen eine Antwort auf ihre offenen Fragen! Die Bedrohung durch die Teile des NSU-Komplexes, die nicht aufgedeckt wurden, besteht nach wie vor!“, betont Anja Spiegler, Beraterin in der Opferberatung rechte, rassistische Gewalt von BEFORE.

Der NSU hat in Bayern fünf Menschen ermordet und einen Bombenanschlag verübt, eine von Nürnberg aus agierende Sonderkommission „BAO Bosphorus“ ermittelte zuletzt in allen Mordfällen. Die bayerischen Behörden haben nicht nur selbst zum Beispiel im Fall des in der Trappentreustraße getöteten Theodoros Boulgarides eine rassistisch grundierte Täter-Opfer-Umkehr betrieben. Sie haben durch ihre bundesweite Führungsrolle diese Perspektive in die Ermittlungsarbeit und über die Medien auch in die Öffentlichkeit transportiert.

Auch nach der Selbstenttarnung des NSU zeigen die bayerischen Behörden wenig Sensibilität für die angegriffenen Menschen: Ein Betroffener des NSU-Bombenanschlages 1999 in Nürnberg wurde erst nach 19 Jahren durch Journalist*innen über die Hintergründe des Mordversuches gegen ihn aufgeklärt. Nur so erfährt er Jahre später, dass Rechtsterrorist*innen die Rohrbombe in seinem Lokal platziert hatten. Eine Entschädigung verweigerte ihm das Bundesamt für Justiz 2019 zunächst. Seiner besonderen politischen Verantwortung in der Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex sollte der Freistaat Bayern mit der



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

Einrichtung eines eigenen NSU-Fonds zur Unterstützung der Hinterbliebenen und Betroffenen nachkommen.

Der NSU ist neun Jahre nach seiner Selbstenttarnung ein wichtiger Bezugspunkt für die extreme Rechte: In Schreiben, die mit „NSU 2.0“ unterschrieben sind, bedrohen Neonazis die NSU-Nebenklageanwältin Seda Başay-Yıldız. In der Szene gelten die Rechtsterrorist*innen vielen als Held*innen, ihre Taten beschreibt man mit Stolz.

*„Am Tag der Urteilsverkündung 2018 feierten extrem rechte Aktivist*innen die Verurteilten im Gerichtssaal mit Applaus. Die Urteile gegen sie konnten von der extrem rechten Szene als milde Reaktion des Staates auf brutale Morde verstanden werden, von den Strafen ging eher eine Ermutigung als eine Abschreckung aus. Für die Betroffenen stellt dies ein fatales Signal dar“,* unterstreicht Damian Groten, Pressesprecher von BEFORE.

Die Antwort auf rechten Terror ist eine breite gesellschaftliche Solidarität mit den Betroffenen und eine konsequente Strafverfolgung. Behörden müssen Menschen, die im Visier von rechten Gewalttäter*innen sind, über die Bedrohung informieren und alles tun, um sie zu schützen. Dafür müssen die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Betroffenen gesamtgesellschaftlich anerkannt und ernst genommen werden. So nimmt die demokratische Zivilgesellschaft Rassismus als gemeinsame Herausforderung an und kann rechten Ideologien den Boden entziehen.

*„Der NSU steht in einer langen Reihe rechtsterroristischer Gruppen wie aktuell der Weiße Wölfe Terrorcrew, Old School Society, Revolution Chemnitz und Nordkreuz, um nur einige zu nennen. Rechte Akteur*innen bewaffnen sich und planen mit Todeslisten, Leichensäcken und Waffentrainings Morde an Menschen, denen sie das Recht auf Leben absprechen. Wenn die Zivilgesellschaft nicht wachsam ist und der Staat das rechte Auge zukneift, haben rechte Mörder*innen freie Hand. Die Sicherheitsbehörden müssen so reformiert werden, dass von Rassismus betroffene Menschen effektiv geschützt werden! Im NSU-Prozess wurde eine historische Chance vertan, die Strukturen der extremen Rechten zu durchleuchten – nur wer diese Netzwerke erkennt, hält die aktuellen rechtsterroristischen Taten für Einzelfälle. Aus dem katastrophalen Umgang mit dem NSU müssen endlich die versprochenen Lehren gezogen werden, lassen wir die Betroffenen nicht ein weiteres Mal allein!“,* fordert Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand, BEFORE e.V.

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an presse@before-muenchen.de.

BEFORE ist die Beratungsstelle für Betroffene von Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt in München, weitere Informationen zu unserer Arbeit finden Sie auf www.before-muenchen.de.